Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugetheilt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.**

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. An Nummern nach Sonn- und Festtagen 1- bis 2spaltige Grundzeile 30, 40 bis 50 und 60 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Reinhardt Leupolt, Gummi-Werk
26 Wettinerstr. DRESDEN Wettinerstr. 26
empfiehlt
sämmtliche technische u. chirurgische Bedarfsartikel.
Ausstellung Zittau 1902 mit der Goldenen Medaille prämiirt.

BERNHARD SCHAFER
7 PRAGER-STR. 7
MODERNER SCHMUCK

Blutreinigungsthee
zur Auffrischung des Blutes und Reinigung der Säfte, bewirkt reichlichen und schmerzlosen Stuhlgang, zu jeder Jahreszeit anzuwenden. Packet 1 Mark.
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Reisedecken in grossartiger Auswahl von 8 bis 125 Mark
Wagendecken, Plaiddecken, Herren-Plaids, Damen-Plaids
empfiehlt **Robert Kunze,** Altmarkt, Rathhaus.

Nr. 322. Spiegel: Lage in Frankreich. Hofnachrichten, Handelskammersitzung. Fiskus und Leipziger Bank, Industriellen-Verband, Handwerkerverein, Gerichtsbeh. Kirchen-Concert. | Muthmaßl. Witterung: Gelinder, leichte Schneefälle. | **Freitag, 21. November 1902.**

Zur Lage in Frankreich.

Das Kabinet Combes, das sich bisher durch seine überradikale Vereinsgesetzpolitik nothdürftig auf dem Posten behauptet hat, sieht sich jetzt plötzlich einem von langer Hand vorbereiteten zwiefachen Flankenangriff ausgesetzt, in der inneren Politik wegen seiner Haltung im Bergarbeiterstreik und in der äußeren Politik wegen seiner allzugroßen Nachgiebigkeit gegen England. Die gegen das Kabinet Combes eingeleitete Aktion bietet auch nach der persönlichen Seite hin ein besonderes Interesse, weil dabei ein neuer „kommender Mann" von markantem Typus in die Erscheinung tritt.

Die Nachrichten über den Ausstand lauten noch immer widersprechend, sodaß man ein völlig klares Bild kaum gewinnen kann. Immerhin darf man wohl als sicher annehmen, daß die Arbeiter in ihrer Mehrheit des Feierns müde sind und die hochtönenden Manifeste einzelner Führer und Verbände keine nachhaltige Wirkung mehr auszuüben vermögen, insbesondere nachdem der Bergarbeiterkongreß von Lens sich zu Gunsten der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen hat. Der Ausstand stellt sich in seinen ursprünglichen Beweggründen als das Werk einiger sozialistischer Streber dar, die, angefeuert und aufgemuntert durch den radikal-sozialistischen Charakter der gegenwärtigen Regierung, sich in den Augen der Masse einen neuen Nimbus durch eine der üblichen „Kraftproben" zu geben und sowohl nach oben wie nach unten hin ihre „Autorität" zu befestigen gewillt waren. Zuerst ging auch Alles nach Wunsch, indem sowohl die Grubengesellschaften der beiden wichtigsten Bezirke als auch die Arbeiter der von den ehrgeizigen Leitern der Bewegung befürworteten schiedsgerichtlichen Entscheidung sich unterwarfen. Die Schiedsrichter gaben den Arbeitern in einem Punkte Unrecht, indem sie die von den Gesellschaften vorgenommenen Lohnherabsetzungen als durch die Geschäftslage gerechtfertigt erklärten. Dagegen kamen sie den Forderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Altersversorgung sehr weit entgegen, indem sie die Gesellschaften verpflichteten, jedem ihrer Arbeiter nach 30jähriger Arbeit und bei vollendetem 55. Lebensjahre eine jährliche Rente von 550 Francs, die sich im Falle der ununterbrochenen Arbeit bei einer und derselben Gesellschaft auf 600 Francs steigert, zu gewähren.

Man hätte nun eigentlich denken sollen, die Ausständigen wären mit diesem Ergebniß zufrieden gewesen, und die Führer hätten dann Gelegenheit gehabt, den von ihnen selbst angezettelten Ausstand in ihrem Interesse doppelt auszubeuten: einmal nach der Seite der Arbeiterschaft hin durch das Pochen auf die erzwungene Altersrente, und zum anderen der Regierung gegenüber durch den Hinweis, daß sie durch ihre Einlassung auf den Gedanken eines Schiedsgerichts den Staat vor Schaden bewahrt hätten. Es kam indessen anders, und zwar durch einen plötzlich in der Arbeiterschaft ausbrechenden Radikalismus, der zur Folge hatte, daß die Arbeiter dem Spruche des Schiedsgerichts, den sie doch im Voraus als für sich verbindlich anerkannt hatten, einfach die Rechtswirksamkeit verweigerten und auf eigene Hand weiter streikten. Darob herrschte natürlich bei den Führern die größte Bestürzung und den Arbeitern wurden von Parteiwegen gehörig die Leviten gelesen. Einer der Hauptführer der Sozialisten, Jaurès, erklärte in aufwallender Bitterkeit ganz unumwunden, daß die Arbeiter durch die Ablehnung des Schiedsspruches nach dem vorherigen förmlichen Versprechen seiner Annahme dem Prinzip des Schiedsgerichts im Allgemeinen einen unheilvollen Stoß versetzt hätten. Das Ende vom Liede ist, daß die Grubengesellschaften durch den jetzigen Ausstand 15 Millionen Francs an Gewinnentgang und die Arbeiter ebenso viel an Löhnen eingebüßt haben. Dazu ist der öffentliche Frieden in schwerer Weise gestört worden, Brandstiftungen, Plünderungen, Mißhandlungen und Vergewaltigungen Arbeitswilliger, sogar ihrer Frauen, durch die Ausständigen sind an der Tagesordnung gewesen, ohne daß die von den Sozialisten beeinflußte Regierung es gewagt hätte, von den staatlichen Machtmitteln zum Schutze der öffentlichen Ordnung energischen Gebrauch zu machen. Kein Wunder also, daß die besitzenden und ordnungsliebenden Schichten der Bevölkerung sich beunruhigt fühlen und willig einer Bewegung Vorschub leisten, die das Kabinet Combes durch eine rein bürgerlich-republikanische Regierung unter Ausscheidung jeder wie immer gearteten Verbindung mit dem sozialistischen Element ersetzen will. Eine feste Regierungsmehrheit ohne die sozialistische Gruppe: das ist die Sehnsucht aller französischen Politiker, die es mit der öffentlichen Wohlfahrt noch Ernst nehmen und sich von der klaren Erkenntniß leiten lassen, daß der republikanische Staatswagen mit dem sozialistischen Vorspann unaufhaltsam auf der schiefen Ebene hinabgleitet.

Zu dem gleichzeitigen Angriff gegen das Kabinet Combes aus der Richtung der auswärtigen Politik hat der jüngst von Herrn Delcassé abgeschlossene Siamvertrag eine wirksame Handhabe geboten. Die Gegner des Kabinets behaupten und ein allem Anschein nach sehr bedeutender Theil der öffentlichen Meinung sowohl wie des Parlaments glaubt es ihnen, daß der genannte Vertrag lediglich einige unwesentliche Scheinkonzessionen enthalte, in Wirklichkeit dagegen die bisher errungenen Vortheile Frankreichs in Siam zu englischen Gunsten so gut wie ganz preisgebe. Unter Herrn Delcassé's Leitung ist der französische Einfluß in Siam überhaupt erheblich zurückgegangen, sodaß jetzt der englische Generalkonsul in Bangkok eine berathende Stimme in der siamesischen Regierung hat und japanische Offiziere als Instrukteure für die siamesische Armee eingestellt worden sind; Japan aber geht mit England in Siam Hand in Hand. Diese Lage ist für Frankreich um so nachtheiliger, als in Siam zur Zeit eine starke innere Gährung herrscht, die jeden Augenblick ein nachdrückliches Einschreiten der betheiligten Mächte nothwendig machen kann. Ist in solchem Falle Frankreich in den Hintergrund gedrängt, so wird es England um so leichter gemacht, die Situation ausschließlich für sich auszunützen und aus Siam ein zweites Egypten zu machen. Diese Aussicht erregt in französischen Kolonialkreisen begreiflicher Weise sehr ernste Besorgnisse und trägt wesentlich dazu bei, die Stellung des Kabinets Combes zu erschüttern.

Die Seele der ganzen gegen das Kabinet Combes gerichteten Bewegung ist der Führer der radikalen Partei Doumer, eine sehr interessante, äußerst begabte und mit einem nicht geringen politischen Ehrgeiz ausgestattete Persönlichkeit, die bisher im Auslande nicht allzu oft genannt worden ist, aber in Frankreich selbst schon seit längerer Zeit die Stelle des „kommenden Mannes" gespielt hat und möglicher Weise bald in die Lage versetzt werden dürfte, seine vielfach bethätigte Befähigung auch als Regierungschef zu erproben. Herr Doumer redigirte schon mit 20 Jahren nach Absolvirung seiner Studien eine Zeitung, wurde dann in das Parlament gewählt, bildete sich auch in der Verwaltung aus und trat 1895 als Finanzminister in das Kabinet Bourgeois ein. Der Nachfolger Bourgeois', Méline, erkannte die bewundere koloniale Begabung Doumer's und machte ihn, wohl auch, um ein so mächtig aufstrebendes Talent, das ihm selbst hätte gefährlich werden können, aus nächster Nähe los zu werden, zum Gouverneur von Indo-China. Auch auf diesem Posten, den er 4 Jahre lang inne hatte, bewährte sich Doumer glänzend. Nach seiner Rückkehr richtete er sein Augenmerk darauf, die Anhänger der gemäßigten Méline'schen Richtung und die Vertreter des bürgerlichen Radikalismus einander zu nähern, um so seine Lieblingsidee, die Bildung einer wirklich regierungsfähigen und staatserhaltenden fortschrittlichen Partei, unter Abstoßung aller sozialistischen Anhängsel zu verwirklichen. In diesem Bestreben kommen ihm die augenblicklichen Zeitumstände sehr glücklich zu Hilfe. Herrn Doumer's Richtung in der auswärtigen Politik zielt darauf ab, Frankreich im Concert der Mächte aktionsfähiger zu machen, und zwar insbesondere durch Bekundung einer größeren Selbstständigkeit gegenüber England; hingegen lassen Frankreichs realpolitische Interessen Herrn Doumer ein engeres Zusammengehen mit Deutschland auf kolonialem Gebiete wünschenswerth erscheinen. Zur Verwirklichung seines auswärtigen Programms hält Herr Doumer den früheren bewährten Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Republik, Herrn Hanotaux, für berufen, während ihm Herr Delcassé als eine englandfreundliche Molluske ohne nationalfranzösisches Rückgrat gilt.

So beschaffen ist der Mann, der bereits bei dem Rücktritte Waldeck-Rousseau's als dessen begabtester Nachfolger genannt wurde und der zur Zeit die Angriffspolitik gegen das Kabinet Combes mit einer Geschicklichkeit leitet, die der „Figaro" mit den Worten anerkennt: „Nur ein Lufthauch scheint über die Mehrheit dahinzugehen, aber dieser Lufthauch kann sich jeden Augenblick zum Sturm verdichten." Herr Doumer läßt bereits die Sturmvögel fliegen und diese verkünden dem Kabinet Combes, jenem eigenartigen mixtum compositum von Radikalismus, Sozialismus, Revanche, sowie einer in's Oede ausgeartete Kulturkampfvaukerei nebst allgemeiner ministerieller Disziplinlosigkeit, ein baldiges Ende.

Neueste Drahtmeldungen vom 20. November.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Bei gut besetztem Hause wird in der Berathung des Zolltarifgesetzes fortgefahren. Der von der Kommission neu hinzugefügte § 10a hebt die kommunalen Verbrauchssteuern auf Backwaaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaaren und Fett auf; ebenso auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, läßt sie aber auf zur Bierbereitung bestimmte Malze fortbestehen. Ein sozialdemokratischer Antrag will Beseitigung der Oktrois auf alle landwirthschaftlichen Erzeugnisse. — Abg. Fischbeck (freis. Volksp.) tritt grundsätzlich für die Beseitigung der Mahl- und Schlachtsteuer ein, die ebenso belästigend und vertheuernd wie die Einfuhrzölle wirke. In Potsdam z. B. gingen die kleinen Leute in Schaaren über die Stadtgrenze, um sich ihren Bedarf in kleinsten, und deshalb steuerfreien Mengen, zu holen. Ja, man erzählt sich sogar, daß der kaiserliche Hofhalt seinen Bedarf nicht in Potsdam decke, sondern außerhalb. Dem sozialdemokratischen Antrage stimmen seine Freunde nur deshalb nicht zu, um der Annahme des § 10a seitens der Regierungen keine unnöthigen Hemmnisse zu bereiten. Von verschiedenen der betheiligten Kommunen, so z. B. von Dresden, werde allerdings lebhaft gegen den § 10a petitionirt, und dabei behauptet, bei Wegfall der dortigen Mahlsteuer müsse die Einkommensteuer in einer für die kleinen Leute unerträglichen Weise gesteigert werden. Dies sei aber keineswegs der Fall; die Steuer-Erhöhung sei relativ minimal gegenüber der Entlastung, die die kleinen Leute durch die Beseitigung des Oktrois erfahren. Herr Gartwig u. Gen. in Dresden, von denen die betreffenden Petitionen herrühren, befürchten offenbar nur, daß, wenn Dresden auf diese Weise zu einer gerechten Steuerreform gezwungen werde, sie dabei zu kurz kämen. Was den Absatz 2 anlange, den der zweite sozialdemokratische Antrag gestrichen sehen wolle, so hätten er und seine Freunde diesem Absatz 2 lediglich aus demselben Grunde nicht zugestimmt, wie bei dem ersten Antrage. Man habe nun behauptet, § 10a bedeute eine Aenderung der Reichsverfassung. Dieser Ansicht sei z. B. auch der Abg. Hasse; aber wenn dem auch wirklich so wäre, so sehe er doch nicht ein, weshalb man nicht auch zu einer Verfassungsänderung schreiten solle, um so wichtige Nahrungsmittel von der Kommunalbesteuerung zu befreien. Er bitte deshalb, § 10a anzunehmen. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Wie ich schon in der Kommission erklärt habe, sind die verbündeten Regierungen der Ansicht, daß es sich bei diesem § 10a um eine Verfassungsänderung handelt, gegen die sie ernste Bedenken haben. Sie haben aber auch materielle Bedenken; sie fürchten bei Annahme einer solchen Bestimmung für den Haushalt einer großen Reihe von Städten. — Preußischer Minister des Innern v. Hammerstein erklärt, nicht nur für Preußen, sondern auch für Bayern, Sachsen, Baden, Hessen, Württemberg, Elsaß-Lothringen zu sprechen. In Betracht kämen im ganzen Reiche 1392 Gemeinden, mit insgesammt 153½ Millionen Mark Verzehrungssteuern. Die Aufhebung aller Schlacht- und Mahlsteuern würde auf die Finanzen vieler Großstädte nicht nur gefährdend, sondern geradezu zerstörend wirken. Es wäre ein schwerer Eingriff in die Selbstverwaltung, den Städten mit einem Federstrich vorzuschreiben, wie sie ihren Finanzbedarf zu decken haben resp. nicht decken dürfen. Die kleinen Leute, die man durch § 10a entlasten wolle, würden durch die unausbleibliche Steigerung der Einkommensteuer in sehr fühlbarer Weise belastet, während der Wegfall der Oktrois auf Nahrungsmittel gar nicht zur Verbilligung derselben führen würde. In vielen Städten mit Mahl- und Schlachtsteuer seien Brot und Fleisch billiger, als in Orten ohne solche Steuern, so in Potsdam billiger als in Teltow und Spandau, in Worms billiger als in Mannheim, in Dresden billiger als in Chemnitz und Plauen. Dabei gäbe es Orte, wo über die Vertheuerung durch Zölle wer weiß wie sehr geklagt werde, wo aber — und es gilt das auch von den freisinnigsten, wie Berlin — doch keine Rede davon sei, das Fleisch von den Schlachthofgebühren zu befreien. — Abg. Rettich (kons.) erklärt, die überwiegende Mehrheit seiner Freunde stimmen den Gedanken und den Zielen des § 10a zu; aber seine politischen Freunde sähen in dem § 10a einen verfassungswidrigen Eingriff in die politischen Rechte der Einzelstaaten. Eine Verfassungsänderung bei dem vorliegenden Gesetz hielten sie nicht für zulässig; sie würden daher gegen § 10a stimmen. — Abg. Herold (Centr.) tritt für § 10a ein. Es gehe nicht an, daß, wenn die Zölle erhöht würden, dann durch kommunale Mahl- und Schlachtsteuern gleichsam eine Vertheuerung nach zwei Seiten hin erfolge. Er gebe zu, daß es für viele Städte schwierig sei, ihre nothwendigen Einnahmen zu beschaffen. Redner bedauert, daß die Sozialdemokraten, obwohl es sich hier um eine so wichtige soziale Frage handle, heute nur wenig zahlreich anwesend seien. — Abg. Singer (Soz.) hält es noch für fraglich, ob das Centrum auf seinem heute eingenommenen Standpunkte zu dieser Sache auch in der letzten Lesung stehen bleiben werde. Die Sozialdemokraten seien heute immer noch verhältnißmäßig stärker hier, als das Centrum am Sonnabend. Redner befürwortet dann den sozialdemokratischen Antrag. Den preußischen Minister des Innern als Vorkämpfer der städtischen Selbstverwaltung hier auftreten zu sehen, berühre komisch. — Bayrischer Ministerialdirektor v. Geiger widerspricht dem § 10a vom Standpunkte der betheiligten bayrischen Gemeinden. In diesen würde eine weitere Zunahme der direkten Steuern, wie sie bei Wegfall des Oktrois unvermeidlich wären, zu den größten Ungerechtigkeiten führen. — Abg. Paasche (nat.-lib.) hält die Aufhebung der Oktrois an sich für wünschenswerth; aber die Verquickung dieser Frage mit dem Zolltarif wäre ein taktischer Fehler, an dem der Zolltarif eventuell scheitern könne. Auch sei es nicht leicht, für die Kommunen schnell einen Ersatz für die wegfallenden Verkehrsabgaben zu finden. Das Richtigste sei daher, sich auf eine Resolution zu beschränken. Seine Freunde würden gegen § 10a stimmen. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) äußert sich ähnlich. Nach den Aeußerungen des Grafen Posadowsky und des bayrischen Bevollmächtigten sei auf eine Zustimmung des Bundesraths zum § 10a nicht zu rechnen. Seine Partei lege aber so großen Werth auf das Zustandekommen des Zolltarifs, daß sie diesen an dem § 10a nicht scheitern lassen wolle. Sie stimme daher gegen diesen Paragraphen; eventuell solle man denselben erst 1910 in Kraft treten lassen. — Abg. Gothein (freis. Vereinig.) ist der Ansicht, daß man eine solche Gelegenheit, die kommunale Verzehrsteuer zu beseitigen, nicht verpassen dürfe. Seine Freunde würden für § 10a stimmen, aber gegen den sozialdemokratischen Antrag, auch das Malz zur Bierbereitung der Kommunalbesteuerung zu entziehen. Bezeichnend sei es, wie das Centrum hier den richtigen Gedanken vertrete, daß solche Steuern, ebenso wie der Zolltarif, die Lebensmittel vertheuere, und dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtere. Wie komme das Centrum dazu, diese durchaus richtige Theorie nicht auch praktisch zu bethätigen, sondern statt dessen sogar einem solchen Zolltarif, wie dem vorliegenden, zustimmen? Wenn der Minister des Innern sich so für die Selbstverwaltung der Gemeinden in's Zeug legt, so solle er doch lieber die Polizei-Autonomie gewähren. Man habe den Freisinnigen vorgehalten, daß sie z. B. in Breslau für Beibehaltung des Oktrois seien; in Wirklichkeit aber bestehe in der dortigen Gemeindevertretung die Mehrheit für den Oktroi hauptsächlich aus Nationalliberalen und Konservativen, und in Bremen sei es gerade der freisinnige Kollege Frese gewesen, auf dessen Drängen dort der Oktroi aufgehoben worden sei; derselbe werde in Bremen seit 1. April d. J. nicht mehr erhoben. — Abg. Graf Kanitz (kons.) erklärt, er müsse zwar gegen den Paragraphen stimmen, sei aber mit den Zielen desselben einverstanden. Die städtischen Oktrois gehören schon längst in die Rumpelkammer! Es erscheine ihm geradezu komisch, wenn diese oder jene Großstadt, wie etwa Koblenz, klage, sie erhebe schon 110 Prozent Einkommensteuer und würde bei Wegfall des Oktrois noch so und so viel mehr erheben müssen. Wenn diese Leute doch blos einmal auf das platte Land blicken wollten; da wird bei uns allein an Kreis- und Provinzialabgaben an die hundert Prozent erhoben. Redner führt dann noch aus, daß er trotzdem für § 10a nicht stimmen könne, weil diese ganze Sache der Landesgesetzgebung zu überlassen

Frische und sterilisirte Kinder-Milch (Trocken-Fütterung)
Milchkur-Anstalt „Sanitas" Max Winkler, Zwingerstr. 20
Telephonrf. Nr. Königl. Hofbeferant Sr. Majestät des Kronprinzen von Sachsen